31./VIII. 1919

Eine neue Pensionsversicherung!

Von Abg. Dr. Josef Resch,

Unterstaatssekretär für soziale Verwaltung.

Eine wirkliche und soziale Pensionsversicherung bringt ein großes Stück Beruhigung in die Unrast des Angestelltenseins und steigert Arbeitsfreude und Leistungsfähigkeit. Sie ist ein Wechsel auf lange Sicht, die Beweggründe für ein gesundes Streben bleiben trotz ihrer aufrecht. Versagt man aber der Privatbeamten-schaft eine ausreichende Pensionsversicherung, so werden die besten Arbeitskräfte der Industrie und dem Handel verloren gehen und der Zubrang zum Staatsdienste wird noch größer. In dem kleinen Deutschösterreich mit wenig über 6 Millionen Einwohnern sollen jetzt schon zirka 1 Million Staatsangestellte untergebracht werden, deren jährliche Gehalte größer sind als die jährlichen Einnahmen des Staates. Besonders beim Kleinbetrieb ist es oft eine Existenzfrage, ob der Betrieb gute oder schlechte Kräfte hat. Wenn Staat und Gemeinden durch ihre pensionsfähigen Stellen den tüchtigsten Nachwuchs an sich ziehen, so wird der Großbetrieb durch Schaffung ähnlicher sozialer Institute (Pensionsklassen) in Konkurrenz treten und sich einen Vorteil gegenüber dem Kleinbetrieb verschaffen. Das alte Kurienparlament hat knapp vor seinem Verschwinden in aller Eile ein Pensionsversicherungsgesetz durchgepeitscht, eines der schlechtesten Gesetze das je geschaffen wurde. Eine große soziale Idee wurde dadurch schwer beeinträchtigt. Das Gesetz wurde gleich nach seinem Erscheinen für reformbedürftig erklärt, die Mehrzahl der Personen, für die das Gesetz geschaffen wurde, wehrt sich verzweifelt gegen seine fraglichen Regelungen; sowohl Dienstgeber wie Dienstnehmer lehnten es ab, seine Durchführung stieß auf eine Art passiver Resistenz, um so leichter, da das Gesetz nicht einmal den Kreis der versicherungspflichtigen Personen klar abgesteckt hatte. Die öffentliche Pensionsversicherungsanstalt mußte sich ihre Versicherten im langen Instanzenzuge beim Verwaltungsgerichtshof erkämpfen. Nach der Novellierung ist dies allerdings etwas besser geworden.

Die deutschösterreichische Pensionsversicherung leidet an vier krassen Fehlern: an der unklaren Abgrenzung des Versicherungskreises, an der Zulassung der Ersatzinstitute, an den hohen Verwaltungsauslagen, an den veralteten Gehaltsklassen und Rentenätzen. Die Legaldefinition für die Begriffe „Privatbeamte“ und „geistige Arbeit“ ist auch nach der Novelle vom 25. Juni 1914 unzureichend. Auch jetzt muß in vielen Fällen die Versicherungspflicht erst im Instanzenzuge endgültig festgestellt werden. Die zahlreich zugelassenen Ersatzinstitute gefährden bereits die Leistungsfähigkeit der Anstalten, da durch die Ersatzinstitute gerade die günstigen Risiken von öffentlichen Pensionsanstalten entzogen werden. Bereits der erste Jahresbericht der allgemeinen Pensionsanstalt war eine öffentliche Anklage gegen die unbegrenzte Zulassung der Ersatzinstitute. Nur Pensionsinstitute, die zur Zeit der Beschlußfassung des Pensionsversicherungsgesetzes bereits bestanden haben, hätte man ausnahmsweise als Ersatzinstitute anerkennen, neue Ersatzinstitute überhaupt nicht zulassen sollen. Kleine und versicherungstechnisch nicht ganz einwandfreie Ersatzinstitute wären rücksichtslos aufzuheben. Alle anerkannten Ersatzinstitute hätten folgende Forderungen zu erfüllen: Sie müssen höhere Leistungen gewähren als die öffentliche Pensionsversicherungsanstalt. Die Dienstgeber haben mindestens dieselben Prämien zu leisten wie bei den öffentlichen Anstalten; den Versicherten ist bei der Verwaltung der Ersatzinstitute wenigstens der gleiche Einfluß einzuräumen, wie bei den öffentlichen Pensionsanstalten; die finanzielle Sicherheit des Ersatzinstitutes muß gewährleistet sein; den Versicherten der Ersatzinstitute ist Freizügigkeit zu sichern, d. h. nach Austritten aus dem Betriebe und dem Ersatzinstitute muß die Prämienreserve an die öffentliche Pensionsanstalt überwiesen werden. Diese Forderungen sollen aber nicht Formalitäten sein,

sondern die Aufsichtsbehörde hätte strenge darauf zu sehen, daß die Ersatzinstitute allen diesen Anforderungen entsprechen.

Die unglückselige Nationalitätenfrage war im alten Oesterreich die Ursache einer zu großen Dezentralisation der Pensionsversicherung; in manchen der früheren Kronländer wurde für jede der dortigen Nationalitäten eine eigene öffentliche Pensionsanstalt geschaffen. Dies und die komplizierte Organisation der Anstalten hat die Verwaltungsauslagen nach kurzer Zeit zu einer unerwarteten Höhe empor schnellen lassen. Die Verwaltungsauslagen sollten ungefähr 6% der Prämien betragen, erreichen aber gegenwärtig bereits die Höhe von 12%. Heute für das kleine Deutschösterreich genügt um so mehr eine einzige Anstalt, die in den einzelnen Ländern nur Exposituren zu besitzen braucht. Daß das Gesetz außer diesen Hauptfehlern auch noch an anderen Mängeln leidet, wurde in unzähligen Fachorganen des langen und breiten auseinander gesetzt. Unter den Verbesserungen zugunsten der Versicherten ist besonders die Reform der Gehaltsklassen und der Rentenätze zu erwähnen. Die Gehaltsklassen entsprechen nicht mehr den gegenwärtigen Geldverhältnissen. In der höchsten Gehaltsklasse beträgt der der Rentenberechnung zugrundeliegende Jahresverdienst 3000 Kronen, ein Betrag, der heutzutage weit hinter dem tatsächlichen Verdienste vieler Versicherter zurückbleibt. Eng mit den Gehaltsklassen verknüpft sind die Rentenätze. Nach den geltenden Bestimmungen erhält ein Versicherter, der durch 40 Jahre ununterbrochen in der höchsten Gehaltsklasse versichert war, eine monatliche Rente von — 196 Kronen. Dieses Höchstrentenausmaß zeigt uns, daß die Pensionsanstalt keine Altersversorgung bietet, sondern nur Bettelrenten auszahlt.

Eine Reform der Pensionsversicherung ist sonach, wie diese Skizze darlegt, eine unaufschiebbare Notwendigkeit, so dringend, daß sie nicht lange hinausgeschoben werden darf. Regierung und Nationalversammlung werden sich ihrer nicht entziehen können.